

## „Götterdämmerung“ — Mutgewinn — Leistungsbilanz: Die Wahlparteitage von CDU, FDP und SPD

Die Tagesordnungen glichen sich: Im Mittelpunkt der Wahlparteitage von CDU, FDP und SPD standen die Grundsatzreden der Spitzenkandidaten — Franz Josef Strauß, Hans-Dietrich Genscher, Helmut Schmidt - und die Verabschiedung der Wahlprogramme. Im tatsächlichen Ablauf der Parteitage, in ihrer Gestaltung und Atmosphäre wurden dann nicht nur die politischen Nuancierungen sichtbar, sie warfen auch Schlaglichter auf die Tradition, das Selbstverständnis und die gegenwärtige innere Verfassung der Parteien.

### *CDU*

Beim 28. Bundesparteitag der CDU, der am 19. und 20. Mai in Berlin stattfand, lag die Wahlniederlage der Partei bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen noch deutlich in der Luft. Der Parteivorsitzende Helmut Kohl gestand diese Niederlage ein und empfahl als Konsequenz daraus, doppelten Einsatz bei den Wahlen zu zeigen, stärker als bisher zu versuchen, auch die Herzen der Menschen zu erreichen und das soziale und liberal-freiheitliche Profil in der politischen Aussage der CDU stärker herauszustellen.

Kohl forderte die faire Auseinandersetzung der politischen Parteien: „Politische Gegnerschaft unter Parteien ist notwendig und richtig. Aber wenn politische Gegnerschaft in blanke Feindschaft, in blanken Haß umschlägt, dann ist das der Anfang vom Ende einer freiheitlichen Ordnung in unserer Bundesrepublik Deutschland.“

Ganz auf Motivation, Ermutigung und Stärkung der Kampfbereitschaft war die Rede des Kanzlerkandidaten der CDU/CSU, Franz Josef Strauß, abgestellt: „Das wird der Parteitag der Götterdämmerung werden, in der den für die Fehlentwicklung der letzten zehn Jahre Verantwortlichen die Masken vom Gesicht genommen werden; denn diese Ernüchterung des deutschen Volkes über Helmut Schmidt und seine Partei, eine unteilbare Einheit, ist notwen-

dig, wenn wir Frieden und Freiheit für die Zukunft dieses Jahrhunderts, für die nächste Generation und weit in das nächste Jahrhundert hinein sichern wollen." In der breitangelegten Kritik des Kanzlerkandidaten der Unionsparteien an der Außen- und Innenpolitik der Bundesregierung wurden insbesondere auch solche Stellen mit Beifall bedacht, die - in scharfen Formulierungen — Bundeskanzler Helmut Schmidt gewidmet waren.

Mehrfach berührte Strauß das Thema „Gewerkschaften“, zunächst im Zusammenhang mit gegen ihn gerichteten Kampagnen: „Leider stehen auch Teile des DGB im Wahlkampf gegen uns. Wir erwarten vom DGB wahrlich nicht, daß er ein Sprachrohr der CDU/CSU sein solle. Wir erwarten vom DGB, daß er alle politischen Parteien nur unter dem Gesichtspunkt prüft: Wer ist ehrlicher, erfolgreicher, anständiger und aufgeschlossener gegenüber den wirklichen Interessen, Notwendigkeiten und Belangen unserer Arbeitnehmerschaft?“ Dieses Thema variiierend, sagte er später: „Ich frage nur: Wer ist ein Freund der Arbeitnehmer? Der, der zehn Jahre lang verbissen gegen den unerträglichen Anstieg der Lohnsteuer kämpft. Alle großen steuerpolitischen Initiativen der 70er Jahre kamen von der Union.“ Einer Schilderung der japanischen Leistungs- und Konkurrenzfähigkeit ließ Strauß den Rat folgen: „Wir sollten nicht unsere Grenzen schließen, wohl aber durch einen Pakt der Vernunft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern und ihren Organisationen bei uns für Vollbeschäftigung sorgen, damit wir in den 80er Jahren bestehen können.“

Nachdem er unter Hinweis auf eine erfolgreiche Sozial- und Beschäftigungspolitik jedermann das Recht abgesprochen hatte, die CDU/CSU „aus rein wahlpolitischer Demagogie in ein zwielichtiges Verhältnis zum Arbeitnehmer und seinen Organisationen zu bringen“, skizzierte Strauß einen Aspekt seiner Selbsteinschätzung folgendermaßen: „Ich stehe dem kleinen Mann — ob es der Kumpel an Rhein und Ruhr ist, ob es der Arbeiter am Flugplatz in Berlin ist, ob es der Taxi-Chauffeur in Hamburg ist oder ob es die breite Schicht der Hausfrauen ist - näher als die meisten der hohen Funktionäre und Manager, gleichgültig, in welchem politischen Lager sie stehen. Ich komme aus dem Millieu einer Arbeitervorstadt. Ich bin mit seinen Problemen groß geworden. Ich kenne die Sprache des Volkes. Ich kenne die Mentalität und Psychologie der breiten Schichten, der breiten Massen unseres Volkes, nicht deshalb, weil ich studiert habe, oder weil ich auf Schauspieler getrimmt worden bin, sondern deshalb, weil das meine Natur ist, weil das meine Herkunft ist, weil ich dort mehr politische Heimat habe als in manchen Häusern der Vornehmen und der Reichen, die heute um Helmut Schmidt herum-scharwenzeln.“

Bemerkenswert ist, daß über Gewerkschaften und gewerkschaftliche Politik beim CDU-Parteitag kein Wort fiel, das über die genannten Bemerkungen von Strauß hinausging und sich inhaltlichen Problemen, etwa der Mitbestimmung oder Betriebsverfassung, widmete. Biedenkopf nahm für die Union die Sicherung der Einheitsgewerkschaft in Anspruch, während er Helmut Schmidt mit einer „Öffnung der Einheitsgewerkschaft für das Eindringen der Volksfront“ in Verbindung brachte. Beweise für diese weitgehende Behauptung blieben allerdings aus. Ähnlich enttäuschend im Hinblick auf die Gewerkschaften ist das einstimmig verabschiedete Wahlprogramm der CDU/CSU für die Bundestagswahl 1980 „Für Frieden und Freiheit in der Bundesrepublik Deutschland und in der Welt“. Anders als bei FDP und SPD lagen zum Programm der CDU/CSU keine Anträge vor, und die Beteiligung von „normalen“ Delegierten an der Aussprache war spärlich. Die Spitzenpolitiker der CDU — von Norbert Blüm bis Olaf von Wrangel — leisteten sorgfältig vorbereitete Redebeiträge zu den Sachgebieten des Programms.

Dieses Programm - in die Präambel, einen außen- und innenpolitischen Teil gegliedert - widmet den Gewerkschaften keine Aufmerksamkeit. Zwar wird den Arbeitnehmern - ebenso wie Unternehmern, Handwerkern, freiberuflich Tätigen, Einzelhändlern, Landwirten und

Beamten - ein Platz in der „Sozialen Marktwirtschaft“ angewiesen, werden ihre Leistungen beim Wiederaufbau zutreffend gewürdigt — die Organisation der Arbeitnehmer bleibt allerdings ohne Platz im Programm. Zwar wird zutreffend festgestellt, daß die Arbeitslosigkeit zu einem Dauerproblem geworden ist, als Mittel zur Abhilfe wird jedoch nur äußerst vage von einer guten und zuverlässigen Wirtschaftspolitik gesprochen.

Fazit: Die „Götterdämmerung“ brach nicht über Berlin herein, aber Franz Josef Strauß hat es sicherlich verstanden, die Delegierten „aufzuheizen“ und anzuspornen. Die anfänglich bemerkbare Schlawfrigkeit war gewichen. Ob die von Strauß in Berlin gewählte polarisierende, gelegentlich hart an der Grenze der Ehrverletzung und manchmal in seltsamem Wirklichkeitsbezug sich bewegende Sprache attraktiv auf die Wähler wirkt, bleibt abzuwarten. Ein verbales Bekenntnis zu den „breiten Schichten unseres Volkes“ kann nicht überdecken, daß Programmatik und politische Aussagen dort weiße Flecken aufweisen, wo es um wichtige Belange der Arbeitnehmer geht: z. B. bei Aufgabe und Rolle einer einheitlichen und starken Gewerkschaftsbewegung, bei der Mitbestimmung, bei der Aussperrung.

### *FDP*

Die FDP war vom Ergebnis der Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen noch stärker betroffen als die CDU. Der Parteivorsitzende Hans-Dietrich Genscher zog in seiner Grundsatzzrede beim a. o. Bundesparteitag der FDP, der am 6. und 7. Juni 1980 in Freiburg stattfand, daraus für die bevorstehenden Bundestagswahlen die Konsequenz, daß die FDP in der Koalitionsfrage „nicht wanken und wackeln“ dürfe. „Fingerhakeleien“ mit dem Koalitionspartner stifteten nur Verwirrung. Er brachte eine Erklärung zur Fortsetzung der sozialliberalen Koalition ein, die der Parteitag bei zwei Gegenstimmen und zwei Enthaltungen annahm. Genscher meinte, die FDP müsse „Anstoßpartei“ und nicht „Verhinderungspartei“ sein. Die FDP sei keineswegs eine „Ersatz-CDU“ ohne Franz Josef Strauß. Die Chance der FDP liege darin, eine Alternative zu CDU/CSU und SPD zu bieten.

Genscher sprach sich eindeutig für eine aktive Friedens- und Entspannungspolitik, für Abrüstung und gegen die Wiederbelebung des kalten Krieges aus. Die Entwicklungshilfe sei zu verstärken und dürfe nicht zum Instrument der Ost-West-Auseinandersetzung gemacht werden. Es sei Aufgabe aller Industrienationen, endlich mehr Mittel gegen Hunger und Not bereitzustellen.

Im innenpolitischen Teil seiner Rede gab Genscher u. a. folgende Zielsetzungen an: Zurückdrängung des parteipolitischen Einflusses auf Rundfunk und Fernsehen; Nebeneinander von Gesamtschulen und gegliedertem Schulsystem; Abschaffung des § 88 a StGB; Förderung von Mittel- und Kleinbetrieben; Mitbestimmung von Angestellten und Arbeitern am Arbeitsplatz; stärkere Bürgerbeteiligung beim Umweltschutz. Auch bei der FDP kamen die Gewerkschaften nur am Rande vor. An einer Stelle des in Freiburg verabschiedeten, sehr umfangreichen Wahlprogramms „Freiheit und Verantwortung“ sind gewerkschaftliche Interessen unmittelbar berührt. Unter Punkt 1.7 heißt es: „Für die FDP ist die Mitbestimmung der Arbeitnehmer am Arbeitsplatz und im Betrieb ebenso wichtig wie die Mitbestimmung auf Unternehmensebene. Aufgrund der Erfahrungen mit dem Betriebsverfassungsgesetz von 1972 hält die FDP eine Stärkung der Rechte des einzelnen am Arbeitsplatz und einen wirksamen Schutz von Minderheiten für erforderlich: Stärkerer Minderheitenschutz im Bereich des Betriebsrates, Einrichtung von Arbeitsgruppen und -Sprechern - wobei die Rechte des Betriebsrates nicht beeinträchtigt werden dürfen -, Verbesserung der Stellung von Jugendvertretern sowie eine gesetzliche Verankerung der Sprecherausschüsse für leitende Angestellte, deren Abgrenzung präzise, rechtssicher und handhabbar gemacht werden sollte. Außerdem müssen die Mitbestimmungsrechte auf die Einführung von neuen Arbeitsmethoden und Fer-

tigungsverfahren erweitert werden. Dies ist im Hinblick auf die Erhaltung von Arbeitsplätzen, der sozialen Folgen von neuen Technologien und Arbeitsorganisationen sowie der Menschenwürde notwendig."

Wenn auch die Fassung des Entwurfs in den Beratungen der Arbeitsgruppe abgemildert wurde, so bleibt es doch die erklärte Absicht der Liberalen, die betriebliche Interessenvertretung der Arbeitnehmer durch Sonderrechte zu spalten und damit in ihrer Wirksamkeit voraussehbar zu schwächen. Eine derartige Segmentierung der Betriebsverfassung könnte entsolidarisierende Fernwirkungen auf die Einheitsgewerkschaft insgesamt haben, die durch die von der FDP vermutete und als liberal gepriesene Stärkung des einzelnen am Arbeitsplatz in gar keiner Weise aufgewogen werden könnte. Fazit: Hier zeigt sich erneut eine in der Tradition des Liberalismus angelegte Unfähigkeit, Sinn und Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses und der Solidarität aller Arbeitnehmer im Betrieb und Unternehmen zu erkennen. Immer wieder wird eine längst überwundene Vereinzelung der Arbeitnehmer als Individualisierung gepriesen, die den Arbeitnehmern keineswegs größere Dispositionsfreiheiten und mehr Mitbestimmung bringt, sondern sie abhängig macht und ihre Interessenvertretung schwächt. Es ist unübersehbar, daß die FDP in puncto Mitbestimmung, Betriebsverfassung und Gewerkschaftsstruktur nach wie vor sehr nah bei Überlegungen liegt, wie sie auch innerhalb der CDU/CSU angestellt werden.

### *SPD*

Wenige Tage vor Beginn des Wahlparteitages der SPD in Essen am 9. und 10. Juni 1980 waren die Pläne des Vorstands der Mannesmann AG bekanntgeworden, nach denen der Konzern so umstrukturiert werden soll, daß die Montan-Mitbestimmung an der Konzernspitze beseitigt würde. Ca. 65 000 Beschäftigte bei Mannesmann würden damit aus dem Wirkungsbereich der Montan-Mitbestimmung fallen. Das wäre ein ganz erheblicher Einbruch und wahrscheinlich der Auftakt zu Versuchen, die Montan-Mitbestimmung insgesamt aus der Welt zu schaffen.

Dem SPD-Parteitag lag ein Initiativantrag zur „Sicherung der Montan-Mitbestimmung“ vor, in dem die sozialdemokratische Bundestagsfraktion aufgefordert wird, „umgehend einem Gesetzentwurf für ein drittes Sicherungsgesetz zur Fortgeltung der Montan-Mitbestimmung in den Unternehmen, die bisher den Montan-Mitbestimmungsgesetzen von 1951 und 1956 unterliegen, zu erstellen und mit der Zielsetzung einer Verabschiedung in den Bundestag einzubringen“. Reinhard Bulitz und Hans Urbaniak wiesen bei der Begründung des Antrags darauf hin, daß sich die Montan-Mitbestimmung seit mehr als 30 Jahren in der Praxis bewährt habe. Als herausragendes Beispiel dafür nannten sie die Bewältigung der Strukturkrise im Bergbau. Herbert Wehner wies auf die Entstehungsgeschichte der Montan-Mitbestimmung und die Rolle Adenauers hin und erinnerte an das Gewicht dieser Mitbestimmung für die Gesellschaft: „Jetzt möchten Leute, weil sie der Meinung sind, es gehe nicht mehr um . . . Grundfragen, das, was damals erreicht wurde, in Frage stellen. Es gehört zur Geburt der zweiten Republik, der Bundesrepublik Deutschland, daß damals die Arbeitenden gerade im Bergbau und im Kohle- und Stahlbereich diese Bewegungsmöglichkeit bekamen. Wer heute daran rührt, der rührt an den Nerv der zweiten Republik.“ Der Vorsitzende der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion versprach: „Wir werden alles in Bewegung setzen, um diesen Versuch, die Montan-Mitbestimmung vom Grunde auf kaputtzumachen, zu verhüten.“ Der Initiativantrag zur Sicherung der Montan-Mitbestimmung wurde vom Parteitag einstimmig angenommen.

Nicht nur an diesem Punkt erwies sich, daß gemeinsame Ziele und Einsichten zwischen SPD und Gewerkschaften nicht nur historische Reminiszenzen sind: Das nach intensiver Dis-

kussion bei wenigen Gegenstimmen und einer Enthaltung angenommene Wahlprogramm „Sicherheit für Deutschland“ zeigt an vielen Stellen deutliche Übereinstimmung mit gewerkschaftlichen Vorstellungen und Forderungen: vom Verbot der Aussperrung über die Verbesserung der Aus- und Weiterbildung von Arbeitnehmern bis hin zur Verkürzung der Arbeitszeit, zum Recht auf Arbeit und zu einer aktiven Strukturpolitik. Helmut Schmidt zollte in seinem ausführlich-nüchternen Referat - übrigens auch sonst in vielfacher Hinsicht das genaue Gegenteil der Berliner Rede von Strauß - den Gewerkschaften Respekt: „Insgesamt können wir . . . mit Zuversicht in die wirtschaftliche Zukunft schauen, obwohl wir vor allem in der Ölversorgung und in der Ölpreisentwicklung sehr hohe Risiken vor uns haben — so wie die ganze Welt. Unter den großen Industrievolkswirtschaften der Welt ist die unsrige besonders flexibel und anpassungsfähig. Wir verdanken dies vor allem den Einheitsgewerkschaften und ihrer verantwortungsbewußten gewerkschaftlichen Praxis, die einerseits stetig die realen Löhne und die realen Gehälter verbessert, dadurch auch stetig Rationalisierungsdruck in den Unternehmen erzeugt, aber andererseits keine Firma zwingt, den Heizer auf der Lok beizubehalten, die inzwischen elektrifiziert ist.“

Es bleibt zu hoffen, daß diese ohne Zweifel erfolgreiche gewerkschaftliche Politik nicht durch Formen der Rationalisierung in Frage gestellt wird, die hochwertige Arbeitsplätze ersatzlos beseitigt. Andererseits gibt es nach wie vor viele Formen von Arbeit, die die Menschen schwer belasten. Helmut Schmidt betonte die Notwendigkeit von „mehr Humanität am Arbeitsplatz“ und nannte eine notwendige Voraussetzung dafür: „Es kommt auf die Mitbestimmungs- und Betriebsrechte der Arbeitnehmer und ihrer Vertreter im Unternehmen und im Betrieb an . . . Deshalb werden wir darauf achten, daß die erreichten Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer nicht ausgehöhlt, sondern zu gegebener Zeit fortentwickelt werden.“

Fazit: Die SPD präsentierte sich in Essen ruhig und sachlich, nicht siegessicher, aber doch zuversichtlich. In ihrem Programm hat sie vor allem auch an die gedacht, die in der nächsten Zeit der besonderen Aufmerksamkeit der Politik bedürfen: z. B. die ausländischen Arbeitnehmer, die Rentner, die Behinderten. Helmut Schmidt konnte eine eindrucksvolle Leistungsbilanz und — bei allen weltweiten wirtschaftlichen und politischen Gefährdungen — eine realistische Zukunftsaussicht ohne falsche Versprechungen bieten. Polemik und Wahlkampfhitze kamen in Essen selten auf.

Die Parteien haben ihre Positionen für die Bundestagswahl bezogen. Sie haben ihre Programme beschlossen. Die Arbeitnehmer, die Wähler insgesamt, können prüfen und entscheiden.

*Hans O. Hemmer, DGB-Bundesvorstandsverwaltung,  
Abteilung Gesellschaftspolitik*